

IM GESPRÄCH: ADOLF E. REAL

Liechtenstein sondiert neues Steuerabkommen

Heute Gespräche in Berlin – Bankenpräsident hofft auf rasche Lösung für Altfälle – Bewegung bei Kunden auch durch den Fall Hoeneß

Liechtenstein unternimmt einen neuen Anlauf, eine Lösung für unbesteuerter Gelder von Auslandskunden zu finden. Bankenpräsident Adolf E. Real, der heute zu Sondierungsgesprächen nach Berlin reist, hofft auf eine bilaterale Vereinbarung auch mit Deutschland noch vor Inkrafttreten des automatischen Informationsaustausches. Ziel ist, die Altfälle so rasch wie möglich ad acta zu legen.

Von Andreas Heitker, Düsseldorf

Börsen-Zeitung, 1.4.2014

Liechtenstein will mit seiner Vergangenheit als europäische Steueroase endgültig brechen. Nachdem die Banken des Fürstentums sich im Zuge einer Selbstregulierung bereits 2013 verpflichtet hatten, keine unbesteuerten Gelder mehr anzunehmen, und die Regierung in Vaduz mittlerweile auch die Einführung des automatischen Informationsaustausches unterstützt, sollen nun rasch Lösungen für Altfälle gefunden werden – gerade auch in Bezug auf die deutschen Kunden, die noch unbesteuertes Vermögen in Liechtenstein angelegt haben. Um welche Summen es dabei genau geht, ist nicht bekannt. Eine solche Statistik gebe es nicht, sagt Bankenpräsident Adolf E. Real im Gespräch mit der Börsen-Zeitung. „Die Liechtensteiner Banken haben aber Ende 2013 ein Vermögen von insgesamt 125 Mrd. sfr (102,5 Mrd. Euro) verwaltet, und wir schätzen, dass aus Deutschland zwischen 10 % und 15 % dieses Geldes kommen.“

Real hat in den vergangenen Wochen bereits Gespräche mit einzelnen deutschen Landesregierungen gesucht und will am heutigen Dien-

tag in Berlin erneut sondieren, ob es die Möglichkeit eines bilateralen Abkommens zur Lösung der Altfälle gibt. „Wir haben ein großes Interesse daran, weil wir in Zukunft unser Geschäft in der Vermögensverwaltung und im Private Banking in einem Umfeld anbieten wollen, wo wir nicht mehr andauernd mit der Vergangenheit konfrontiert werden“, stellt er klar.

Britisches Modell als Vorbild

Ein konkretes Angebot bringt Real nicht mit nach Berlin. Er sieht aber Anzeichen dafür, dass auch die Bundesregierung einer solchen Diskussion wieder offener gegenübersteht als noch vor einem Jahr. Dies habe auch damit zu tun, dass sich die Liechtensteiner Regierung klar zum automatischen Informationsaustausch bekannt habe. „Uns ist bewusst, dass die politische Landschaft in Deutschland eine Anonymität nicht mehr zulässt und auch eine pauschale Abgeltung keine Möglichkeit ist“, betont Real. Ein Abkommen könne daher sowohl Elemente der Selbstanzeige als auch jenes Abkommens enthalten, das Liechtenstein vor einigen Jahren mit Großbritannien abgeschlossen habe.

Das britische Modell, das keine Anonymität und keine pauschale Abgeltung vorsieht, hatte Real schon wiederholt auch für andere Abkommen als Vorbild bezeichnet (vgl. BZ vom 17.7.2013). „Es ist natürlich auch unser Interesse, dass eine Strafbefreiung eindeutig gegeben ist“, sagt er jetzt. „Wir suchen eine Möglichkeit, in der weder der Kunde noch die Bank kriminalisiert werden. In diesem Spannungsfeld muss es möglich sein, eine Lösung zu finden.“

Der Finanzplatz Liechtenstein war unter anderem 2009 ins Gerede gekommen, als bekannt wurde, dass der frühere Post-Chef Klaus Zumwinkel hier unbesteuerte Gelder angelegt hatte. Dieser Fall, so räumt jetzt auch Bankenpräsident Real ein, habe vieles in seinem Land beschleunigt. Liechtenstein habe danach relativ schnell Maßnahmen unternommen, um den Weg der Steuerkonformität zu gehen. Seither habe das Land mehr als 40 Abkommen mit einzelnen Staaten geschlossen, in denen es vor allem um einen Informationsaustausch gehe.

Angst bei Selbstanzeigen

„Mit Hochdruck“ arbeiteten die Institute zudem daran, nicht zuletzt auch die deutschen Kunden, die es noch nicht seien, „in die Steuerethik zu führen“, hebt Real hervor. Allen werde empfohlen, das Angebot von strafbefreienden Selbstanzeigen zu nutzen. Der Fall Hoeneß bringe wohl noch mehr Kunden dazu, noch einmal über eine solche Selbstanzeige nachzudenken. Das zeigten auch die steigenden Zahlen von Selbstanzeigen in Deutschland. „Viele Kunden werden sich mittlerweile bewusst, dass es umso schwieriger wird, je länger man wartet. Andererseits haben viele auch Angst, in die Öffentlichkeit gezerrt zu werden. Das ist ein großes Problem.“

Das Vertrauen in den Liechtensteiner Bankenplatz hält Real trotz allem noch für gegeben. Das zeigten auch die steigenden Kundeneinlagen, die die großen Banken des Landes 2013 ausgewiesen hätten. „Der Reputationsverlust, der unter anderem durch den Fall Zumwinkel eingetreten ist, wird langsam wieder wettgemacht.“